

Beschlussempfehlung

Hannover, den 08.09.2022

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

a) **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/151

b) **Zu Unrecht Verurteilte effektiv bei der Wiedereingliederung unterstützen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/10953

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag,

1. den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/10953 unverändert anzunehmen und
2. den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/151 abzulehnen.

Andrea Schröder-Ehlers
Vorsitzende

(Verteilt am 16.09.2022)